

Az.: 42.3-6421/2 BW 000027

Vollzug der Wassergesetze und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG);

Grundwasserentnahme sowie die Einleitung des Grundwassers in den Sulzbach zum Zwecke der Bauwasserhaltung im Zuge der Erweiterung und Optimierung der Kläranlage Johanniskirchen, auf dem Grundstück Fl.-Nr. 304/2, Gemarkung und Gemeinde Johanniskirchen, Landkreis Rottal-Inn, durch die Gemeinde Johanniskirchen, Obere Hauptstr. 1, 84381 Johanniskirchen.

Feststellung über die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung

Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 Satz 1 UVPG

Die Gemeinde Johanniskirchen, vertr. d. d. 1 Bürgermeister, Herrn Max Maier, hat mit Antragsunterlagen vom 28.04.2020 die beschränkte wasserrechtliche Erlaubnis im vereinfachten Verfahren nach Art. 70 Abs. 1 Nr. 3 BayWG für die Entnahme von Grundwasser sowie für das Einleiten des Grundwassers in den Sulzbach, auf dem Grundstück Fl.-Nr. 306, Gemarkung und Gemeinde Johanniskirchen, Landkreis Rottal-Inn, für die Bauwasserhaltung im Zuge der Erweiterung und Optimierung der Kläranlage Johanniskirchen, beantragt.

Die Maßnahme wird für einen Zeitraum von 5 Monaten, von voraussichtlich August 2020 bis Dezember 2020, durchgeführt. Die maximale Entnahmemenge beträgt ca. 39 l/s bzw. 140 m³/h. Insgesamt beträgt die Entnahmemenge bis zu 40.000 m³.

Gemäß Nr. 13.3.3 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist für die Entnahme von Grundwasser, bei einer Jahresentnahmemenge von 5.000 m³ bis weniger als 100.000 m³, eine standortbezogene UVP-Vorprüfung (§ 7 Abs. 2 UVPG) erforderlich, sofern durch die Gewässerbenutzung erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass bei dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen gemäß den in Anlage 3 des UVPG aufgeführten Kriterien vorliegen, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Wesentliche Auswirkungen auf den Gewässerhaushalt ergeben sich durch die Grundwasserentnahme nicht. Insbesondere sind auch keine erheblichen Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten. Bei Beachtung der vorgesehenen Auflagen sind auch keine sonstigen wasserwirtschaftlichen Belange berührt.

Als Ergebnis der standortbezogenen Vorprüfung wird festgestellt, dass gemäß § 7 Abs. 2 UVPG keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung - in einem gesonderten Aktenvermerk festgehalten - ist der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar ist (§ 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG).

Der Aktenvermerk sowie die zu Grunde liegenden Unterlagen können während der Dienststunden im Landratsamt eingesehen werden.

Das Unterbleiben einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben.

Pfarrkirchen, 13.07.2020
Landratsamt Rottal-Inn
Untere Wasserrechtsbehörde

Willeitner